

IA5 Konsequenzen des russischen Angriffskriegs für Europa

Gremium: JEF Nordrhein-Westfalen, JEF Hessen, JEF
Rheinland-Pfalz, JEF Saarland
Beschlussdatum: 16.09.2022

Antragstext

Bekundung zur Solidarität mit der Ukraine und Verurteilung des russischen Angriffskriegs

Als Europäer:innen haben wir eine klare Haltung: Wir stehen entschieden an der Seite der Ukraine sowie ihrer Bewohner:innen und bekräftigen unsere Solidarität. Die inspirierende Verteidigung ihres Landes und ihrer Werte sowie das historisch gewachsene Verlangen der ukrainischen Bevölkerung, ein Teil der europäischen Familie zu werden, soll endlich und vollumfänglich gewürdigt werden.

Daher bekräftigen wir unsere vollständige Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung in ihrem Kampf um Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit. Wir rufen die Zivilgesellschaft in der EU dazu auf, Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zu zeigen, nötigenfalls auf Kosten des eigenen Wohlstands und insbesondere gegenüber den in die EU geflüchteten Ukrainer:innen. Zugleich heißen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Plan zur Einrichtung einer Wiederaufbau-Plattform für die Ukraine willkommen und begrüßen ihre Weiterentwicklung und Formalisierung. Über diese Plattform hinaus sollten auch weitere Finanzierungsquellen wie die Europäische Bank für Wiederaufbau, ein Sonderzugriff auf die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und erweiterte Mittel der Östlichen Partnerschaft in Erwägung gezogen werden. Ebenso sollte sich die EU dafür einsetzen, dass sich Russland an der Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine beteiligen muss.

Der Angriffskrieg der russischen Föderation gegen die Ukraine ist und bleibt ein nicht hinnehmbarer Völkerrechtsbruch. Die außerterritorialen Gebietsansprüche Russlands, die unter Anwendung kriegerischer Handlungen versucht werden durchzusetzen, sind illegitim und das daraus folgende Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung ist untragbar. Die Kriegspropaganda sowie die daraus resultierende Verzerrung der Realität verleiten Großteile der russischen Zivilbevölkerung zur Billigung, wenn nicht sogar zur Befürwortung der kriegerischen Aggression. Unsere Solidarität gilt daher auch denjenigen in der russischen Bevölkerung, die den Krieg nicht wollen und die deshalb unter innenpolitischer Verfolgung leiden. Wir ermutigen die russische

32 Zivilbevölkerung, Courage zu zeigen und sich der Tyrannei und Kriegstreiberei in
33 ihrem Land zu widersetzen. Die aktuelle Regierung der Russischen Föderation und
34 all ihrer Kollaborateure, Unterstützer und historischer Wegbereiter ist und
35 bleibt zu verurteilen.

36 **Zeitenwende in der Außenpolitik Europas**

37 Die EU war, ist und bleibt die Konstante für Frieden, Freiheit und Demokratie
38 auf unserem Kontinent. Die europäische Solidarität ist der gelebte Geist der
39 Bürger:innen und einer der Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Diesen Grundsatz
40 lebendig werden zu lassen und die Formulierung nicht im Sande verlaufen zu
41 lassen, ist eine der Grundaufgaben der europäischen Institutionen sowie der
42 Mitgliedstaaten. Im Zuge gelebter Solidarität auf dem europäischen Kontinent ist
43 die Schaffung einer friedlichen Lebensumgebung für alle alternativlos.

44 Dazu muss schnellstmöglich der Rückzug aller russischen Truppen aus den
45 völkerrechtlich anerkannten ukrainischen Gebietenerfolgen. Dieses Ziel muss
46 oberste Priorität in der Außenpolitik der EU haben und von den
47 Entscheidungsträger:innen konsequent verfolgt werden, um grundloses Leiden zu
48 vermeiden.

49 *Beitrittsperspektive für die Ukraine*

50 Schließlich zeigt sich die Notwendigkeit eines EU-Beitritts der Ukraine.
51 Dementsprechend müssen die Beitrittsperspektiven klar aufgezeigt werden. Der
52 Beitritt ist auch von Seiten der Ukraine gewünscht und trifft in der Bevölkerung
53 auf breite Zustimmung. Die Ukraine verteidigt nicht nur ihr eigenes Territorium,
54 sondern auch die Sicherheit Europas. Außerdem verteidigt sie die Demokratie und
55 die Werte Europas, zu denen sie sich schon seit mehreren Jahren - auch durch die
56 Assoziierung mit der EU - bekennt. Dadurch gibt es nur eine logische Konsequenz,
57 dass die Ukraine Mitgliedstaat der Europäischen Union wird.

58 Da aber die Ukraine nicht kurzfristig die Kopenhagener Beitrittskriterien
59 erfüllen wird und ein Abweichen von ihnen die innere Stabilität und Kohäsion der
60 EU gefährden würde, fordern wir, dass den Ukrainer:innen eine eigene
61 Beitrittsperspektive ermöglicht wird. Mit dem langfristigen Ziel, die Ukraine
62 zum vollwertigen Mitgliedstaat zu machen, sollen jetzt schon den Bürger:innen
63 der Ukraine besondere Rechte gewährt werden. Dies betrifft:

- 64 • 1. Freizügigkeit und dauerhafte Arbeitserlaubnis innerhalb der EU
- 65 • 2. Niederlassungsfreiheit in der EU
- 66 • 3. Das Recht, von EU-Botschaften im Ausland Beistand zu erhalten

67 So können Ukrainer:innen viele der Rechte, für die sie kämpfen, genießen, ohne
68 auf Reformen in ihrem Land warten zu müssen.

69 Gleichzeitig muss die EU den Beitrittsprozess der Staaten des Westbalkans,
70 Georgiens und der Republik Moldau vorantreiben. Kein Land Europas sollte mehr
71 unter dem Imperialismus Russlands leiden müssen.

72 *Sanktionen und Entscheidungsfindung*

73 Die im Juni 2022 verschärften Sanktionen gegen Russland begrüßen wir und sie
74 müssen beibehalten werden. Die gemeinsam verhängten Sanktionen sind ein
75 zukunftsweisendes Beispiel für die Stärke eines geeinten Europas - insbesondere
76 im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir beobachten allerdings mit
77 Sorge, dass diese Einigkeit gefährdet wird. Noch immer erhoffen sich einige
78 Parteien in Europa, teilweise sogar mit Regierungsverantwortung, von Russland
79 die Unterstützung für ihre innenpolitischen Ziele und antidemokratische
80 Bestrebungen. Die Unterstützung der Ukraine und der Schutz Europas dürfen nicht
81 darunter leiden, dass sich einige Politiker:innen von Putin ideologisch
82 inspirieren lassen. Die Konsequenzen dieser Sympathien und der russischen
83 Abhängigkeit stellen eine Gefahr für die Entscheidungsfindung in Europa dar.
84 Wieder einmal zeigt sich hier, wie schwach und anfällig das Vetorecht bei
85 außenpolitischen Entscheidungen ist und dass ein qualifiziertes Mehrheitsvotum
86 dringend erforderlich ist.

87 **Implikationen des Kriegs auf die Wirtschaft und Energiepolitik in Europa**

88 Parallel zum Angriff auf die Ukraine setzt Russland die Verknappung von Erdgas
89 als Waffe ein, indem es die Gasversorgung aller europäischen Staaten, die an der
90 Seite der Ukraine stehen, stark eingeschränkt hat. Hier zeigen sich die Fehler
91 der jahrelangen Abhängigkeit von russischem Gas und daraus resultierende
92 Erpressbarkeit, die auch die deutsche Regierung zu verantworten hat. Der "Wandel
93 durch Handel" und die "Neue Ostpolitik" waren zur Zeit des Kalten Krieges der
94 goldene Standard der Außenpolitik mit autoritären Staaten in Osteuropa. Doch
95 seit dem Zerfall der Sowjetunion hat sich diese Strategie im Umgang mit der
96 Russischen Föderation als fehlerhaft erwiesen. Es war frühestens seit Beginn der
97 Jahrtausendwende das Ziel des Kremls, einen Keil zwischen EU-Mitglieder und
98 Partner zu treiben und die Wirtschaften Europas von sich abhängig zu machen.
99 Letztendlich waren die europäischen Energie- und Außenpolitiken geprägt von
100 mangelndem Vertrauen in europäische Partner sowie von unkoordinierten
101 Alleingängen.

102 Auch deshalb sehen wir uns heute mit einer Energiekrise konfrontiert, die nicht
103 nur die Industrie in Europa, sondern vor allem auch die Bürger:innen empfindlich
104 trifft.

105 Eine europäische Antwort hierauf muss in gemeinsam koordinierten
106 Einsparungsmaßnahmen liegen. Wir begrüßen daher die bisher dazu beschlossenen
107 Maßnahmen und fordern ihre strikte und verlässliche Umsetzung.

108 Weiterhin ist es erforderlich, weitere Lieferanten und Quellen von Gas in
109 Betracht zu ziehen.

110 Diese Krise verdeutlicht außerdem, dass eine effektive Energiewende dringend
111 erforderlich ist. Nicht nur im Angesicht der Klimakrise findet sich die Zukunft
112 in den erneuerbaren Energien. Die Gewinnung aus Wind, Sonne und Wasser muss
113 ausgebaut werden. Dabei muss auch die Infrastruktur, insbesondere in Form der
114 Energietrassen, in den Blick genommen werden. Diese große Zukunftsinvestition
115 muss zu einem Gemeinschaftsprojekt der gesamten EU werden, da nur so eine
116 sichere und unabhängige Energieversorgung gewährleistet werden kann.

117 Die Energiewende kann weiter nur gemeistert werden, wenn die schon bestehenden
118 Richtlinien schneller und effizienter umgesetzt werden. Insbesondere im Strom-
119 und Gasbereich besteht schon eine umfangreiche Regulierung, die allerdings von
120 den Mitgliedstaaten nur schleppend realisiert wird. Verbraucher:innen wären
121 bereits heute in Anbetracht der Krise wesentlich besser geschützt, wenn die
122 Mitgliedstaaten ihren Pflichten zur Umsetzung der Richtlinien rechtzeitig und
123 hinreichend nachgekommen wären. Es ist erforderlich, dass bei Verstößen die
124 Vertragsverletzungsverfahren zügig durchgeführt werden. Außerdem muss für eine
125 zügige und korrekte Umsetzung von Richtlinien ein stetiger Austausch zwischen
126 der Union und den Mitgliedstaaten erfolgen, durch den Hindernisse frühzeitig
127 erkannt werden. Über die Kommission gesteuerte best-practice-Austausche zwischen
128 den Mitgliedstaaten sind dabei ein wertvoller Ansatz, von dem regelmäßig und
129 bereits vor Ablauf der Umsetzungsfristen Gebrauch gemacht werden sollte.

130 Die Standhaftigkeit europäischer Werte und Ideale wird letztlich aufgrund einer
131 von Russland ausgelösten Energiekrise auf die Probe gestellt. Dabei darf nicht
132 vergessen werden, dass die Opfer, die wir alle in der EU bringen müssen, nichts
133 im Vergleich zu den Opfern sind, die die Menschen in der Ukraine erbringen.

134 Wir sind es unseren Freund:innen in der Ukraine schuldig, gemeinsam mit ihnen
135 für Frieden und Freiheit in einem geeinten Europa einzustehen.

Begründung

erfolgt mündlich.